

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018

KT-Sitzung 11.12.2017

Vorlage: 1100-2017/DaDi Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018
Anträge der Fraktionen

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Kreisfinanzen bleiben auch 2018 auf einen guten Weg.

522 Mio. € Einnahmen des Kreises sind ein sehr gutes Ergebnis dem auf der Ausgabenseite 514 Mio. € gegenüberstehen.

Nach den HH 2016 und 2017 wird mit dem HH-Plan 2018 zum dritten Mal in Folge ein Haushalt mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis vorgelegt. Damit halten wir am Ziel der Haushaltskonsolidierung und dem HH-Sicherungskonzept fest.

Lagen die Planzahlen bei den Einnahmen 2017 noch bei 495 Mio. € so sind es im Plan 2018 ca. 27 Mio. € mehr. Dennoch bleibt am Ende nur ein voraussichtlicher Überschuss von 7,5 Mio. €.

Mehrausgaben im kommenden Jahr entstehen vor Allem in den Bereichen Sozialleistungen, Kinder-, Jugend-, und Familienhilfe und den Umlageverpflichtungen des Kreises.

Zusätzliche Ausgaben, die kaum zu vermeiden sind, da sie weitgehend auf gesetzlichen Rahmenbedingungen beruhen.

MDH

[Kreisumlage]

Durch die gute wirtschaftlich Entwicklung haben sich die Steuereinnahmen unsere Städte und Gemeinden weiter verbessert.

Über die Kreis- und Schulumlage leisten die Kommunen einen wichtigen finanziellen Beitrag dazu, damit der Kreis seine

gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen kann und zusätzlich in der Lage ist angesammelte Altschulden abzubauen.

Der Hebesatz für die Kreisumlage wird um 0,12 %-Punkte auf 35,11 % gesenkt, im Gegenzug dafür die zweckgebundene Schulumlage um 0,12 %-Punkte auf 18,35% erhöht.

Es kommt lediglich zu Verschiebungen zwischen den beiden Umlagen. Rund 2,6 Mio. € an Ausgaben aus dem Etat Kinder-, Jugend- und Familienhilfe laufen ab 2018 über den Schuletat.

Konkret sind das die Bereiche für die „Jugendsozialarbeit an Schulen“ (1,4 Mio. €) und „Betreuung an Schulen“ (1,2 Mio. €). Nach der aktuellen Übereinkunft zwischen den Spitzenverbänden und dem HMdIS werden diese Kosten zukünftig der Schulträgerschaft zugeordnet.

So bleibt die Kreis- und die Schulumlage 2018 in Summe, auf dem Niveau wie 2017 und erhöht sich nicht.

MDH

[Betreuung an Schulen]

Die Betreuung an den Schulen wird in Zukunft im Budget der Schulträgerschaft abgebildet und der Schulumlage zuzuordnen.

Der Ausbau und die Verbesserung der Betreuungsangebote an unseren Schulen im Kreisgebiet hat für die Koalition einen hohen Stellenwert.

Fortschritte und Investitionen in diesem Bereich kommen allen Kommunen und den Eltern im Kreis zu Gute.

Mit dem neu eingerichteten ehrenamtlichen Dezernat „Betreuungsangebote an Schulen“ und der vom Kreistag gegründete „Betreuung DaDi gGmbH“, die seit 1.08. 2017 ihr operatives Geschäft aufgenommen hat, setzt die Koalition einen Schwerpunkt auf den weiteren Ausbau der Betreuung an den Grundschulen im Kreis und stellt dafür die finanziellen Mittel bereit.

Das Landesprogramm „Pakt für den Nachmittag“ und das Kreisangebot „Betreuungsangebote an den Schulen“ ist seit Anfang des Jahres organisatorisch im Dezernat „Betreuung an Schulen“ zusammengefasst.

Ziel ist es den Ausbau der Betreuung an Schulen schneller und effektiver voranzubringen.

Inzwischen nehmen 13 Grundschulen am Landesprogramm „Pakt für den Nachmittag“ teil. 10 Grundschulen werden als Betreuende Grundschulen in eigener Trägerschaft des Kreises geführt.

Weitere Schulen sind bereits in Plan, wie im 1. Wirtschaftsplan der Betreuung DaDi gGmbH ausgewiesen ist. Der Erfolgsplan der gGmbH weist rund 5,9 Mio. € an Aufwendungen auf.

MDH

[Zukünftig steigende Belastungen des Kreishaushalts]

In einigen Bereichen werden die Belastungen des Kreishaushaltes weiter steigen. Schon heute müssen wir Unwägbarkeiten berücksichtigen, die auf künftige HH-Pläne nicht kalkulierbare Einflüsse haben werden. Das sind z. B. die

- Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes und der Inklusion. Hier gibt es keine verlässlichen Prognosen über die personellen Auswirkungen.
- Voraussichtlich 60%ige der im Kreis lebenden Flüchtlinge werden ein Bleiberecht erhalten. Das bedeutet mit großer Wahrscheinlichkeit bis zu 1000 Bedarfsgemeinschaften mehr.

Durch den erheblichen Eigenanteil des Kreises an den kaum kalkulierbaren Unterkunftskosten werden die finanziellen Belastungen steigen.

Die Kosten im SGB II werden weiter anwachsen, damit verbunden ebenso der Personalbedarf.

- Durch die Änderung im Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) ist mit doppelte Fallzahlen zu rechnen verbunden mit mehr Personalaufwand.

Die größten Ausgabebereiche im Haushalt sind der

- Bereich „Soziales“, mit ca. 224 Mio. € der Zuwachs beträgt hier ca. 11 Mio. € gegenüber dem Ansatz 2017.

Beispielhaft zu nennen sind überdurchschnittlichen Steigerungen im Bereich der Eingliederungshilfen und dem Asylbewerberleistungsgesetz.

- und der Bereich „Kinder-, Jugend-, und Familienhilfe“ mit ca. 67 Mio. €.

Mehr als 10 Mio. € Mehrausgaben, wobei aus der Kinder-, Jugend und Familienhilfe bereits 2,6 Mio. € in den Bereich „Unterhalt und Betrieb von Schulen“ gewandert sind.

[Umlagen des Landkreises]

Die Umlagen die der Kreis selbst zu zahlen hat steigen erheblich von 55,9 Mio. € auf 60,3 Mio. €

- Krankenhausumlage marginal gestiegen – 400.000 €
- Extrem gestiegen sind die Umlagen, die an den LWV abgeführt werden müssen 2018 sind das fast 4 Mio. mehr.

An den Gesamtaufwendungen für den LWV von fast 2 Mrd. € beteiligt sich das Land Hessen lediglich mit rund 127 Mio. €. Zur Entlastung der Landkreise fordern wir hier ein stärkeres Engagement des Landes.

MDH

[ÖPNV]

Positiv für die Kommunen und eine deutliche Entlastung für die Städte und Gemeinden ist Übernahme der Zahlungen für die Zusatzbestellungen für den ÖPNV in Höhe von rund 1,1 Mio. € durch den Kreis. Dies konnte ohne Erhöhung der Kreisumlage umgesetzt werden.

Davon profitieren alle Kreiskommunen speziell die kleineren Kommunen in der Fläche.

MDH

[HH-Sicherungskonzept]

Der HH 2018 wurde von der Koalition darauf ausgerichtet, die Vorgaben der Aufsichtsbehörden und des daraus abgeleiteten HH-Sicherungskonzeptes zu erfüllen. Die Finanzplanung für die Jahre 2017 – 2021 sehen alle einen Ausgleich im ordentlichen Haushalt vor.

Für 2018 sind im Sicherungskonzept Überschüsse von 7,4 Mio. € vorgesehen. Die wir auch mit dem vorliegenden HH-Plan erreichen.

Der Weg der HH-Konsolidierung und damit die Umsetzung des HH-Sicherungskonzepts wollen wir auch 2018 weiter fortsetzen um die Altfehlbeträge von ca. 154 Mio. € zum 31.12.2016 bis 2021 auf voraussichtlich 100 Mio. € reduzieren.

[Hessenkasse]

Das Thema „Hessenkasse“ wird uns im kommenden Jahr noch intensiv beschäftigen.

Mit dem Hilfsprogramm „Hessenkasse“ sollen ab 1.07.2018 „echte Kassenkredite“ abgelöst werden.

Bestand an Kassenkrediten der hess. Kommunen: ca. 6 Mrd. €

Für den LK: 120 Mio. € anerkannte Kassenkredite werde zu 50% von der WI-Bank übernommen und damit abgelöst. Die restlichen 60 Mio. € müssen durch einen Eigenbetrag des LK getilgt werden.

Die hess. Kommunen/LK haben mit Abstand den höchsten Kassenkreditbestand aller Bundesländer

2016 650€/Kopf

Im Vergleich: Rheinland/Pfalz: ca. 470 €/Kopf

Sachsen-Anhalt: 200€/Kopf

Mit der Hessenkasse holt Hessen nach, was in vielen anderen Bundesländern schon längst umgesetzt ist. Nämlich außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs eine Konsolidierung oder Teil-Entschuldung der Kommunen und LK durch ein Sonderprogramm auf den Weg zu bringen.

Mit den Rahmenbedingungen können wir noch nicht zufrieden sein. Bei einem Tilgungsbetrag der sich aus 25 €/Kreisbewohner errechnet müsste der Kreis weit über 7 Mio. €

jedes Jahr tilgen. Das ist kaum zu schaffen, wenn man die Kreisumlage dafür nicht erhöhen will.

Die finanziellen Spielräume und Konsolidierungsmöglichkeiten in den hess. LK sind ausgeschöpft. Freiwillige Aufgaben müssen eingeschränkt werden bzw. sind nur schwer aufrecht zu erhalten.

Für die strukturellen Fehlentwicklungen und Fehlstellungen in der Finanzausstattung der Landkreise muss endlich eine brauchbare Lösung gefunden werden.

[Was bringt die Zukunft?]

Für den LK sehen wir zukünftig finanzielle und personelle Herausforderungen vor allem bei

- den dringend erforderlichen Investitionen in die Digitalisierung (e-Akte, mehr Service für die Bürger – Ämterzugriff über das Internet)
- der Integration die eine wachsende Daueraufgabe bleibt
- der Gesundheit und medizinische Versorgung (KH-Neubau, MVZ, PVZ)
- dem Masterplan 2020 zur Sanierung des Standortes Kranichstein (Sanierung Trakt 5)
- der Fortsetzung des Schulbauprogramms und Einstieg in das Schulsporthallensanierungsprogramm

[Personalaufwendungen]

Der Personalbedarf ist gestiegen und wird trotz Nutzung aller Möglichkeit für Personaleinsparungen voraussichtlich weiter steigen.

Die Übersicht der Verwaltung zeigt das der Personalaufwuchs sich im wesentliche durch die Pflichtaufgaben ergibt. Ein Teil ist über Bundes- und Landmittel gegenfinanziert.

In dem Personalzuwachs sind aber auch 10 zusätzliche Ausbildungsstellen enthalten. Da es zunehmend schwieriger wird geeignetes Verwaltungspersonal von außen zu finden ist das der richtige Ansatz.

Anträge der CDU

1. Im Stellenplan 10 Stellen zu reduzieren

Stellenaufwuchs habe ich in meiner Rede begründet
Ablehnung!

2. Reduzierung Kreisumlage auf 34,23 % statt 35,11%

Kreisumlage wurde um 0,12% gesenkt trotz Übernahme der
ÖPNV-Kosten von 1,1 Mio. €. Die die Kommunen zu zahlen haben
durch den Kreis.

Das für den Kreis verpflichtende HH-Sicherungskonzept
kann sonst nicht umgesetzt werden. Ablehnung!

3. Kreisstraßen

Ansatz entspricht den Bedarf 2018. Ablehnung!

4. Medizinische Versorgung

Warum die Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung im
Kreis von der CDU so rigoros abgelehnt wird ist nicht
nachvollziehbar. Unter Top 19 der TO wird das Thema Versorgung
2025 aufgerufen hier ist ausreichend Gelegenheit zur Diskussion.
Ablehnung!

5. Deckelung Öffentlichkeitsarbeit

Der Mittelbedarf wurde im HFA ausführlich und nachvollziehbar
begründet. Wir sehen keinen Grund hier Mittel ab zu planen.
Ablehnung!

Anträge der Linken

1. Sozialticket

Hier stimmen wir dem Punkt 1 zu: KA soll die Möglichkeiten für ein Sozialticket ab 1.1.2019 prüfen. Die anderen Punkte lehnen wir ab.

2. Tarifbindung

wurde hier schon mal abgelehnt. Auch jetzt Ablehnung. Ist ebenfalls kein Antrag zum HH 2018

3. Sozialwohnungen

Kein Antrag zum HH

LR hat Anstrengungen unternommen mit einer WoBau gGmbH die Kommunen mit einzubeziehen. Initiative wurde von den meisten Kommunen nicht weiterverfolgt. Antrag wird von uns abgelehnt

4. Senio-Verband

auch das ist kein HH-Antrag

Die Entscheidung über das weitere Vorgehen liegt bei der Verbandsversammlung der Senio, der Kreis hat da nicht mehr Stimmrechte als die andern beteiligten Kommunen.

Eigene Anträge

MDH

die FDP-Fraktion wird dem vorliegenden HH-Entwurf zustimmen.